Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Sonntags-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 2.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Wesondversand monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 50 Pf., Abend-Ausgabe 40 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig und der Sächsischen Staatsministerien Dresden sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 3.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.50, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Druck und Gewähr für Richtigkeit ausgeschlossen. Beilagengebühr für die Gesamtauflage M. 12.— netto, für Teilauflage M. 14.— netto pro M. 1000. Postmäßige Portogebühr extra. Anzeigen-Annahme: Nr. 14-002, 14-003, 14-004. — Postscheckkonto: Amt Leipzig 2057. Geschäftsstelle und Geschäftsleitung: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 473 — **Sonntag, den 10. Oktober** — **1920**

Deutsch-französischer Meinungsaustausch

Eine Anregung des Ministers Simons

(Drahtbericht.)

Berlin, 9. Oktober.

An unterrichteter Stelle wird über die deutsch-französischen Verhandlungen, zu denen verschiedene Aeußerungen der französischen Presse vorliegen, folgendes mitgeteilt:

Dem französischen Botschafter Laurent ist bei seiner Abreise nach Paris durch Minister Simons eine Aufzeichnung übergeben worden, die den Vorschlag macht, formelle Besprechungen zwischen deutschen und französischen Sachverständigen über die Frage der Reparationen und des Finanzproblems stattfinden zu lassen. Entgegen anders lautenden Mitteilungen ist bisher mit den Verhandlungen nicht begonnen. Französischerseits ist auch noch keine Mitteilung über eine etwaige Stellungnahme zu den deutschen Anregungen gemacht worden. Deutsche feste Vorschläge für die Erörterung des Problems, die man schon jetzt als undiskutabel bezeichnen könnte, liegen nicht vor. In der deutschen Aufzeichnung sind lediglich die äußeren Formen der Besprechungen skizziert und die Unterlagen bezeichnet, von denen dabei ausgegangen werden könnte. Wenn französischerseits andere Vorschläge gemacht werden sollten, so werden diese geprüft werden. Es heißt den Geist der deutschen Vorschläge verkennen, wenn man sie sich gewissermaßen als Vorbereitung eines Spruches der Reparationskommission denkt. Deutscherseits ist wiederholt betont worden, daß die Erörterungen zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz dienen sollen, auf die Deutschland nach den Zusicherungen in Spa Anspruch hat.

Paris, 9. Oktober.

Die Regierung prüft die deutschen Vorschläge über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen und über den Schadenersatz. Die erste Gruppe der Vorschläge ist nicht neu. Man hofft, daß man zu einem Ergebnis kommen wird. Bezüglich der Wiederherstellung wünscht die französische Regierung, sich nicht zu übereilen und die Schäden sorgfältig aufnehmen zu lassen. Man ist der Meinung, daß die Konferenz in Genf jetzt keinerlei Existenzberechtigung mehr hat. (?) Wie „Echo de Paris" erfährt, hat die französische Regierung von der englischen Regierung eine sehr wichtige Note über die Wiedergutmachung erhalten. Curzon verlangt in dieser Note, daß bald eine technische Kommission zusammentreten soll, und daß später ein internationaler Ausschuß nach dem Muster von Spa gebildet wird, um die Entwürfe der Sachverständigen in einer Abmachung festzulegen. Frankreich stelle sich aber auf einen anderen Standpunkt. Vielleicht könne die Kommission für die Wiedergutmachung auch hierüber zu einer Uebereinstimmung führen, so daß die britischen Wünsche von Italien und Belgien unterstützt und von Frankreich genehmigt werden können.

Der französische Botschafter in Berlin Laurent hatte gestern mit dem französischen Ministerpräsidenten Leygues eine Unterredung über die deutschen Vorschläge in der Wiedergutmachungsfrage. Laut „Petit Parisien" sagte Leygues, es sei richtig, daß die deutsche Regierung dem französischen Botschafter in Berlin ein Schema des Programms unterbreitet habe, das sie sich für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete in Frankreich sowie die Zahlung der deutschen Entschädigung in natura auszuführen vorgenommen habe. Diese Vorschläge seien aber unannehmbarer als die in Spa gemachten, denen sie sich übrigens näherten.

Englisch-französische Solidarität?

Französische Komplimente an England. — Die polnische Frage.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 9. Oktober.

Dem Korrespondent des „Daily Chronicle" hat der französische Ministerpräsident Leygues in einer Unterredung auf die Frage, was ihm als hauptsächlichste Bedingung für den europäischen Frieden erscheine, erwidert:

Ein möglichst enges Zusammenarbeiten zwischen England und Frankreich. Dieses Zusammenarbeiten sei notwendig nicht nur zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens, sondern auch zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Lage in Europa. Ministerpräsident Leygues erinnerte daran, daß er, als er im kritischsten Augenblick des Krieges Marineminister war, sehr viel der britischen Marine zu verdanken gehabt habe. Die britische Marine habe den Westmächten die Herrschaft über die Meere gesichert.

Leygues kam dann auf die Frage des Vorgehens Frankreichs und Englands in Osteuropa, im Baltikum und am Schwarzen Meere, zu sprechen. Der Minister erklärte, die Schwierigkeiten, welche sich in diesen Gebieten ergeben hätten, seien für Frankreich dieselben wie für England. Nach Lage der Dinge sei die Hauptsache, daß die französische und die englische Regierung für die Wiederherstellung des allgemeinen Friedens und der normalen wirtschaftlichen Beziehungen sorgten. Wenn man sich dieses Ziel vor Augen halte so sei schwer zu begreifen, wie es zwischen England und Frankreich in der osteuropäischen Frage Gegensätze geben sollte.

Leygues kam dann auf die polnische Frage zu sprechen. Die letzten Nachrichten aus Warschau ließen erkennen, daß die polnische Regierung bereit sei, den Ratschlägen, welche sie zur Mäßigung mahnen, Rechnung zu tragen. Er folge dem Beispiel Millerands und habe die Polen in einer neuen Note ebenfalls zur Mäßigung angehalten. Der Minister erklärte, es sei unvermeidlich, daß die durch den Krieg vergrößerten Länder noch viele Schwierigkeiten hätten, aber die „kleine Entente" habe sich bereits gebildet, um alle Glieder ins Gleis zu bringen.

Der französische Staatshaushalt

Genf, 9. Oktober.

Das französische Finanzministerium teilt mit, daß nunmehr alle übrigen Ministerien ihre Ausgabenrechnungen für das Jahr 1920 eingereicht haben und daß das Kriegsministerium allein seine Ausgaben derart erhöhte, daß der Budgetentwurf für 1921 26 Milliarden regelmäßige Ausgaben beanspruchen wird gegenüber 22 Milliarden Franken im Jahre 1920. Dazu kommt ein Budget der außerordentlichen Ausgaben in der Höhe von 24 Milliarden Franken für den Wiederaufbau der vom Kriege betroffenen Gebiete und die Unterhaltung der Truppen in den besetzten Gebieten. Diese außerordentlichen Ausgaben sollen einfach als Kriegsentschädigung Deutschland zugeschrieben werden. An der Pariser Börse wurden am Freitag 100 M für 24 Franken gerechnet, so daß nach der Aufstellung des Budgetentwurfs Deutschland allein im Jahre 1921 nahezu 100 Milliarden Mark in Franken zu zahlen hätte.

Verschiebung der Brüsseler Völkerbundratssitzung. Der auf den 14. Oktober festgesetzte Zusammentritt des Völkerbundrats in Brüssel ist auf den 20. Oktober verschoben worden.

Der Diktatfrieden von Riga

Die angeblichen Gründe für Sowjetrußlands Unterwerfung.

(Eigener Drahtbericht.)

Warschau, 9. Oktober.

Ueber die wichtigsten Bedingungen des russisch-polnischen Vorfriedens erfährt unser Vertreter von maßgebender Seite: Der Vorfrieden erfüllt alle wesentlichen Forderungen Polens. Seine wichtigsten Bestimmungen sind: Die neue Grenze verläuft längs der Zbrucz, durchquert Krzemienick bis Rowno, von dort 90 km östlich der Linie Rowno—Baranowitschi, weiter östlich bis Lisnow. Weiter erkennen beide Teile gegenseitig ihre Souveränität an und garantieren Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Polen erhält einen Anteil am russischen Goldschatz. Rußland verpflichtet sich, unmittelbar nach Unterzeichnung eine bedeutende Vorschußzahlung in Geld zu leisten. Polen erklärt sich bereit, seine nördlichen Eisenbahnlinien zu Transitzwecken zur Verfügung zu stellen. Polen und Rußland erkennen grundsätzlich die Selbständigkeit Weißrußlands und der Ukraine an. Polen wird sämtlicher Verpflichtungen, die ihm aus seinem früheren Verhältnis zu Rußland zufallen könnten, enthoben.

London, 9. Oktober.

Der Rigaer Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald" behauptet, daß Sowjetrußland nur deshalb so große Opfer bei dem Friedensschluß mit Polen bringe, um das Leben der Arbeiter beider Parteien zu retten. Alle Gerüchte über Streiks und Unruhen in Petersburg und anderswo werden von ihm dementiert.

Diese plötzliche Rückschnahme auf das Leben der polnischen Arbeiter hat allzuviel Aehnlichkeit mit dem Bekenntnis des gefangenen Wolfes zur vegetarischen Lebensweise. Die gerissenen Sowjetpolitiker müssen arg verwirrt sein, wenn sie annehmen, die Welt werde solchen plumpen Ausreden Glauben schenken. Die blinden Moskau-Anbeter in Deutschland werden allerdings jetzt von der russischen Menschenfreundlichkeit reden.

Einspruch der ostgalizischen Vertreter gegen die Unterzeichnung des russisch-polnischen Vorfriedens.

Riga, 9. Oktober.

Die bevorstehende Unterzeichnung des Vorfriedens hat unter den hier anwesenden Vertretern Ostgaliziens große Erregung ausgelöst. Sie haben bereits einen förmlichen Protest gegen den Beschluß, der über ihre Köpfe hinweg gefaßt worden sei, bei der Konferenz eingebracht und erklären, die Beschlüsse der Konferenz von vornherein als für sie nicht bindend zu betrachten. Einen gleichen Einspruch hat die Delegation der weißrussischen Regierung eingelegt. Man bezweifelt hier jedoch, daß die Proteste der beiden Delegationen irgendwelchen Erfolg haben werden, sondern glaubt, daß Polen weiterhin die ostgalizische Frage als eine innerpolitische Frage betrachte und das litauisch-weißrussische Grenzgebiet Wilna-Lida als angeblich mit 75 Proz. Bevölkerung polnischer Abstammung als polnischen Landesteil erklären wird.

Die bevorstehende Abstimmung in Kärnten

Jugoslawische Drohungen. — Günstige Aussichten. — Italienische Truppen in Schutzbereitschaft.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 9. Oktober.

Die Jugoslawen drohen für den Fall, daß morgen die Abstimmung in Kärnten gegen sie ausfallen wird, das Gebiet mit militärischer Gewalt einzuziehen. Von seiten der Entente werden für diesen Fall militärische Abwehrmaßnahmen getroffen. Die heutigen Nachrichten aus Klagenfurt besagen, daß die Aussichten der Deutschen günstig sind.

Klagenfurt, 9. Oktober.

Da die Gefahr besteht, daß, falls morgen in Kärnten für Oesterreich die Volksabstimmung günstig ausfallen sollte, Jugoslawen in das Abstimmungsgebiet einrücken, um so ein fait accompli zu schaffen, haben italienische Truppen den Kamm der Karawanken besetzt, um gegebenenfalls die Jugoslawen an einem gewaltsamen Vorgehen zu hindern. Die internationale Abstimmungskommission hat hiervon der jugoslawischen Regierung Mitteilung gemacht.

In den letzten Stunden trafen hier ungefähr 2400 Stimmberechtigte ein, welche sich in die Zone A begaben. Es handelt sich hierbei um Leute, die im Verlaufe der letzten anderthalb Jahre infolge jugoslawischer Umtriebe von ihrer heimatlichen Scholle vertrieben wurden und nun aus dem Ausland heimkehren, um ihr Stimmrecht auszuüben.

Die letzten Vorbereitungen für die Abstimmung sind getroffen. Alle Straßen und Brückenübergänge sind besetzt. Nur wer im Besitz einer Abstimmungslegitimation ist, darf die Demarkationslinie noch passieren. In einer Kundgebung betont die Abstimmungskommission, daß die Abstimmung frei, unabhängig und geheim sei und daß sie alles daran setzen wird, um dies zu gewährleisten.

* **Paderewski hat die Politik satt.** In Warschauer unterrichteten Kreisen verlautet, daß der polnische Außenminister Sapieha dem früheren Ministerpräsidenten Paderewski den Posten eines Gesandten in London angeboten habe. Paderewski habe jedoch den Vorschlag abgelehnt, da er auch von seinem Posten als Vertreter Polens im Völkerbund zurücktreten will, um sich ganz von dem politischen Leben zurückzuziehen.

Politische Wochenschau

Staatsminister a. D. Schiffer wird seine in allen politischen Kreisen vielbeachteten und kommentierten Wochenberichte über Fragen der inneren und äußeren Politik von jetzt ab jeden Sonntag im „Leipziger Tageblatt" veröffentlichen.

Es liegt noch immer etwas wie Ferienstimmung in der politischen Luft, aber es wäre nicht geraten, auf diese trügerische Stille sich zu verlassen. Wir haben noch keine Zeit, müde zu sein, und keinen Anlaß, auf irgend welchen Lorbeeren auszuruhen. Gewiß, es war schön und gut, daß die württembergische Regierung gegenüber ihren Steuerverweigerern fest blieb, und daß die Reichsregierung nach einigem Schwanken und Zaudern gegenüber den Eisenbahnkontrolleuren eine klare Haltung annahm. Aber diese anerkennenswerten Einzelbetätigungen staatlichen Kraftbewußtseins ändern an dem Gesamtbild der Lage nur wenig; das Feuer schwelt noch unter der Oberfläche weiter und flackert hier und da unheilverkündend auf. Diejenigen aber, die es schüren, treiben ungestört, ungestraft und unbehindert landauf, landab ihr hetzerisches Geschäft, predigen Aufruhr, Gewalt und Hochverrat und widmen sich der „illegalen Organisation" von der uns der frühere Volksbeauftragte Emil Barth in seinem Büchlein über die „Werkstätte der deutschen Revolution" so Erbauliches, und man sollte meinen, auch Lehrreiches erzählt hat. Dabei schilt die „Rote Fahne" noch über die „allzu zögernde, allzu schlappe Haltung der Gesamtarbeiterschaft", feiert das Eindringen der Arbeitslosen in den Betriebsrätekongreß als „den Sieg der Straße über die Gewerkschaftsbureaukratie", muß aber freilich unmittelbar darauf betrübt feststellen, daß die Redner eben dieser Arbeitslosen die Ausschaltung auch der Betriebsräte verlangt und damit eine Parole ausgegeben hätten, die unfehlbar in eine Sackgasse führen müsse. Es ergeht ihr eben, wie es beinahe noch jeder revolutionären Führung ergangen ist: sie wird bei allem Radikalismus und Extremismus überrannt, und über sie hinweg erst die Entwicklung, sich selbst überschlagend, auf das Endziel zu, das schließlich im Sumpf und Blut erstickt.

Unter den Gewalttätigkeiten der letzten Zeit nimmt durch ihre freche Brutalität die Besetzung des Kraftwerks Heegermühle des Märkischen Elektrizitätswerkes einen hervorragenden Platz ein. Die „Revolutionäre Betriebsorganisation", die die erdrückende Mehrheit der Arbeiter des Werkes einfach vergewaltigt, und mit Hilfe der von anderen Stellen herangeholten Genossen das Kraftwerk selbst mit stürmender Hand in Besitz nahm, leistete sich damit ein Heldenstück, das selbst auf unsere durch Gewöhnung einigermaßen abgestumpften Nerven nicht ohne Eindruck bleiben kann. Neben diesem unerhörten Vorgange nehmen die Ereignisse in Berlin unsere besondere Aufmerksamkeit in Anspruch. Die Bewegung im Zeitungsgewerbe mag an sich nur eine Lohnstreitigkeit sein. Aber die kommunistische Leitung benutzt sie zu viel weiter reichenden Zwecken und setzt ihr bereits das Ziel, „die bürgerliche Presse zu zertreten und ihre gewaltigen materiellen Einrichtungen der revolutionären Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen". Auch der Betriebsrätekongreß hat die Angelegenheit aufgegriffen und zum Gegenstand einer erregten Erörterung und einer tönenden Solidaritätserklärung gemacht. Nun mögen das nur zunächst Worte sein, hinter denen nicht soviel steckt, als ihre hochtrabende Fassung glauben machen will. Immerhin ist die aufreizende Wirkung, die durch sie erzielt wird, auch dann bedenklich, wenn der unmittelbar angestrebte Effekt nicht erreicht wird. Viel gefährlicher jedoch erscheint der wilde Streik der Kesselheizer. Er ist nach wenigen Stunden, freilich nur durch die Nachgiebigkeit des Berliner Magistrats, beendet worden. Aber ist es nicht etwas Ungeheuerliches, daß eine Handvoll Menschen das gesamte Berliner Verkehrsleben auf das schwerste beeinträchtigen und stören, zum Teil geradezu lahmlegen kann? Dieses Beispiel lehrt wieder einmal auf das sinnfälligste, daß im Organismus unserer Wirtschaft etwas nicht stimmt, indem der Grundsatz der Koalitionsfreiheit hier dergestalt überspannt wird, daß er die Interessen der Allgemeinheit der Willkür einzelner und ihren durchaus unsozialen Bestrebungen überliefert. Aus der Erkenntnis dieses Zwiespalts ist das Verlangen und der Entschluß erwachsen, durch ein besonderes Gesetz die Grenzen zwischen erlaubten und unerlaubten Arbeitseinstellungen zu ziehen und sie unter Benutzung des Schlichtungsgedankens durch die Machtmittel des Staates zu sichern. Seitdem ist ein Jahr verflossen. Das Gesetz wurde wieder und wieder versprochen. Zum ersten Male bei der Erledigung des Betriebsrätegesetzes, mit dem es in der Tat auch in innerem Zusammenhange steht; aber bis heute ist es noch nicht vorgelegt. Das ist insbesondere für die Deutsche Demokratische Partei, die auf die Einbringung eines solchen Gesetzes das größte Gewicht legt, ein unmöglicher und unwürdiger Zustand. Die Reichsregierung wird nicht umhin können, die Angelegenheit nunmehr etwas energischer zu betreiben. Sie wird jedenfalls in dem Aktionsprogramm, das sie, wie verlautet, dem Reichstag vorzutragen gedenkt, einen ersten Platz einnehmen müssen.

Dieses Aktionsprogramm kann nach Form und Inhalt eine erhebliche politische Rolle spielen. Es muß dazu dienen, die einigermaßen erschütterte Stellung der Regierung wieder zu festigen. Die Krisis, die durch die unnötig heraufbeschworene Erörterung über den Eintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett entstanden war, darf wohl als beseitigt gelten. Die Sozialdemokratie tritt nicht ein, und das Kabinett bleibt. Aber jene Erörterung hat doch die Autorität der Reichsregierung nicht unberührt gelassen; allzu stark war betont worden, daß sie in sich allein nicht den nötigen Rückhalt finde und einer Ausdehnung ihrer zu schmalen Basis bedürfe. Sie wird ihr nicht zuteil. Dann muß sie aber das, was sie an äußerem Machtzuwachs nicht erlangen kann, durch innere Festigung ersetzen. Diesem Zweck mag das Aktionsprogramm dienen. Es soll die Aufgaben, die sich die Regierung für die unmittelbare Inangriffnahme stellt, scharf und klar bestimmen und zugleich